

Erscheint in Leipzig  
Mittwoch, Freitag, Sonntag.  
Bestellungen nehmen an alle  
Postanstalten u. Buchhand-  
lungen des In- u. Auslandes.  
Fiskal-Expeditionen  
für die Vereinigten Staaten:  
F. A. Sorge,  
Box 101 Hoboken, N. J.  
Peter Hah,  
S. W. Corner Third and  
Coates str. Philadelphia.

# Der Volksstaat

Abonnementspreis  
für ganz Deutschland  
1 R. 60 Pf. pro Quartal.  
Monats-Abonnement  
werden bei allen deutschen  
Postanstalten auf den 1ten  
u. 2ten Monat und auf den  
3ten Monat besonders an-  
genommen; im Reg. Sachsen  
u. Erzgeb. Sachf.-Altenburg  
auch auf den 1ten Monat des  
Quartals à 54 Pf.

Organ der sozialdemokratischen Arbeiterpartei und der internationalen Gewerkschaften.

Zusätze, die Abfassung von Partei-, Vereins- und Volksversammlungen, sowie die Fiskal-Expeditionen und sonstige Partei-Angelegenheiten betreffend, werden mit 10 Pf., — Privat- und Bergungs-  
Anzeigen mit 25 Pf. die dreigeheilte Petit-Zeile berechnet.

Nr. 25.

Mittwoch, 3. März.

1875.

Um weiteren Reklamationen vorzubeugen,  
theilen wir mit, daß die Sonntags-Nummer (24)  
des sächsischen Bußtags wegen (Freitag, 26. Febr.)  
einen Tag später zur Versendung gelangte.

Die Expedition.

## Abonnements auf den „Volksstaat“

für den Monat März zu 55 Pfennig werden bei allen  
deutschen Postanstalten, für Leipzig pro Monat zu  
60 Pf. bei der Expedition, Zeigerstraße 44, und bei Colpor-  
teur Müller, für die Umgegend von Leipzig bei den Fiskal-  
expeditionen: für Volkmarzdorf, Reudnitz, Neuschönefeld u.  
bei Frau Friedrich, Anger Nr. 5, für Connewitz u. bei  
Leubert, Vornaische Str. 19, für Kleinschöcher und Umgegend  
bei Fleischer, Nr. 87 daselbst, für Thonberg u. Neureudnitz bei  
Zeitungsredakteur Bschau, Neureudnitz 15, 1 Tr., für Plagwitz  
und Lindenau bei Schuster, Merseburgerstr. 26, für Göhlis u.  
bei D. Peufert, Hauptstr. 19, für Stötteritz bei Fr. Vog-  
nitz, Hauptstr. 38, angenommen.

Für Berlin wird auf den „Volksstaat“ monatlich für  
75 Pf. frei in's Haus abonniert bei Trautmann, Mariannen-  
straße 4, vorn 3 Tr.; Rubenow, Brunnenstr. 34 im Laden;  
J. Schmann, Grünthalersstr. 34.

Der Abonnementsbetrag ist bei Bestellung zu entrichten.

## Ein Urtheil über die Kommune.

Dr. Dühring spricht sich in der zweiten (leider von den  
Hauptmängeln der ersten nicht gereinigten) Ausgabe seiner „Kri-  
tischen Geschichte der Nationalökonomie und des Sozialismus“ in  
folgender Weise über die Pariser Kommune aus:

Von jenen Frühjahrsmonaten 1871, während deren das Pro-  
letariat innerhalb Paris zum ersten Male in der Welt wirklich  
Regierungsfunktionen ausgeübt hat, datiert eine neue Ära des  
politischen und sozialen Bewußtseins. Weit bezeichnender als die  
Pariser Blutwoche für das Wesen der Revolutionen ist die  
Pariser Raiblutwoche mit ihren vielen Zehntausenden von syste-  
matisch massakrirten für die Bourgeoisiepolitiker geworden, wie sie  
sich in Frankreich unter der civilen Führerschaft des schugöll-  
nerischen Erzbourgeois Thiers und mit dem Jögling der Afri-  
kanischen Zivilisation Mac Mahon als militärischer Handhabe  
typisch ausgeprägt hat. Die Ausrottung des Proletariats in allen  
seinen bewußten und entwickelten Elementen ist auf dem Pariser  
Schauplatz derartig inszeniert worden, daß selbst dem Kenner aller  
Gräueltaten der antiken und modernen Geschichte die Vergleichungs-  
punkte für die Artung, den Umfang und die Massenhaftigkeit dieser  
in ihrer Weise einzig dastehenden Blutorgie entschwinden. Kein  
Sulla und keine Regelleiter der römischen Bürgerkriege, ja nicht  
einmal die unterdrückten Sklavenaufstände, kurz nicht eine einzige  
der Kulturkriege und umfassenden Schlichtereien, die außer-  
halb des eigentlichen Kampfes und nachträglich an wehrlosen  
Menschenmassen verübt worden sind, reichen aus, um dem Ver-  
ständniß des wahren Charakters und Umfanges, sowie der Einsicht  
in die besondere Niedertracht nachzuhelfen, mit welcher die Pariser  
Szenen ausgeführt, und durch welche sie ein Alarmzeichen für die  
Arbeiterwelt aller Kulturländer geworden sind. Die antike Ära  
der Proskriptionen ist ebenfalls eine Kleinigkeit in Vergleichung  
mit den nachträglichen Mordverfolgungen gewesen, welche sich  
nach den Blutjahren gegen die Bevölkerung des berühmtesten Kul-  
turlandes der Welt richteten, und bei denen man ebenfalls mit einem  
halben Hunderttausend unmittelbar Betroffener zu rechnen hatte,  
von den mittelbar durch die Familienbände Mitaffizirten gar nicht  
zu reden. Die Frauen und Kinder hatten auch schon zu den  
Blutopfern und zwar außerhalb eines Kampfes ihr Contingent zu  
vielen Tausenden stellen müssen. Bestier, der sonst keineswegs  
drahtische oder gar eiserne Kritik übt, berichtet in seiner „Histoire  
de la Commune de Paris“ (Paris 1871, auch Englisch daselbst  
1872) sogar von einem ganzen Zehntausend Frauen und Kinder,  
welches allein schon mit Abschluß der Raiblutwoche massakriert  
gewesen wäre, und von einem anderen Zehntausend eben dieser Kategorie,  
welches man eingekerkert hätte. Die Zahlen werden wohl vor-  
läufig nicht genau festgestellt werden; aber ein rundes Hundert-  
tausend theils massakrirter, theils eingekerkelter wäre an sich schon  
eine genügende Erklärung, wenn nicht die Art und Weise des  
Verfahrens noch mehr als die Massenhaftigkeit spräche. Die Ver-  
wandlungen von hierzu besonders zusammengepackten Menschen-  
mäulen durch die Mitralküssen in zerstückte Stücke Menschenfleisch,  
unter denen der Zufall aber einige noch zu lebendiger Verschwar-  
zung konservierte, — diese Art sogenannter Hinrichtungen, welche  
die Regel bildete, da man mit der Abtöpfung des lebendigen  
Menschenfleisches sonst nicht hätte fertig werden können, — diese  
Kultur- und Humanitätsschändlichkeiten des 19. Jahrhunderts sollten einer  
statistischen Erklärung doch wohl nicht bedürfen, zumal sich ein  
offizielles statistisches Bureau für diese Angelegenheiten nicht finden  
dürfte.“

Dagegen widmet Dühring der Kommune folgende Anerkennung,  
durch welche er zugleich die Tendenz, Lügen der Bourgeoisblätter  
entkräftet. Er schreibt:

„Die handelnden Personen der Kommune sind sich in einer  
wichtigen politischen Beziehung, nämlich in dem Charakter der  
Maßregeln, welcher der eifernden und drohenden Lage entsprochen  
hätte, nicht hinreichend klar gewesen. Auch könnte man sogar einen  
Mangel an moralischem Muth zu energisch durchgreifenden Ver-  
haltensarten finden wollen, wenn nicht einerseits die humanitäre  
Milde und andererseits die präkäre nicht selbst geschaffene Lage die  
Erklärungsgründe der Unsicherheiten des Verfahrens lieferten. Man  
hatte auf Veranlassung der Erschießungen und noch schlimmeren  
Gräueltaten, deren sich die Versäiler gegen die Gefangenen schuldig  
machten, ein Dekret erlassen, demzufolge die gefangenen Spione,  
wie man nach dem gemeinen Völkerrecht einfach tödten konnte, so-  
wie die mit den Versäilern konspirirenden Personen nach einem  
sorgfältigen, mit allen Bürgschaften freier Vertheidigung umgebenen  
gerichtlichen Verfahren dazu verurtheilt werden konnten, als Gei-  
seln detinirt zu bleiben. Man hatte den Versäiler Verfahrens-  
arten und Gräueltäten gegenüber gedroht, auf jede Erschießung mit  
der dreifachen Anzahl zu antworten, die jedesmal aus den er-  
wähnten Geiseln auszulösen wäre. Man hatte aber diese Re-  
pressalien nicht ausgeführt, und als den Versäilern von neuem  
der Kamm zu besonderen Unthaten in Folge der menschlichen  
Milde ihrer Feinde geschwollen war, das Dekret nach mehreren  
Wochen formell in Erinnerung gebracht, aber dann wiederum ohne  
Ausführung gelassen. Eine Erschießung von Geiseln fand erst statt,  
als keine Kommune-Regierung mehr existirte und die furchtbar blutige  
Raiblutwoche einige Nationalgardien antrieb, auf eigene Hand ihre er-  
mordeten Frauen, Kinder und Väter durch Exekution von 64 De-  
tinirten zu rächen. Ein solcher Akt war allerdings keine Gerechtigkeit;  
die Kommune hätte ihn nicht vornehmen können, theils weil er auch  
in gar keinem Verhältniß zu dem Umfang und der Artung der  
Versäiler Verbrechen und raffinirten Gräueltäten gestanden haben  
würde. Die Kommune hatte nichts gethan, als man formell die  
Nothdürftigkeiten von weiblichem Personal der Ambulanzen durch  
die Versäiler mit den darauf folgenden sofortigen Füllstrungen  
dieser Frauen, als dem würdigen Nachspiel der gewaltthätigen Ge-  
schlechtsakte, festgestellt hatte. Sie hatte nichts gethan, als gleich-  
thätig und Massakrirungen in friedlichen Wohnungen, wo sich zu-  
fänglich verpflegte Irmentwunde gefunden hatten, vor den Augen ge-  
nebelter und im Todesstampe ringender Eltern an ihren Töchtern  
verübt wurden und mit der Menge der Reste und ganzen Fa-  
milien abschlossen. Sie war mit einem das verächtlichste Räuber-  
thum in mehreren Richtungen überbietenden Feinde nach Grund-  
sätzen einer milden Humanität verfahren, wie sie fast nur in der  
Gegenseitigkeit idealer Zustände und eines selbst im Streite nicht  
aufhörenden Wohlwollens denkbar sein würde. Wie hätte man  
von ihr die naturwüthige Rache und ein eigentliches Volksgericht  
zu gewärtigen gehabt?“

Selbst der letzte Verzweiflungskampf, der zum großen Theil  
nicht mehr als einseitig von der Kommune geleitet angesehen  
werden kann, befandete noch erkaunliche Rücksichten. Die Ver-  
säiler hatten ihrerseits bedeutende Brände verursacht; sie, die  
schon früher die Pariser Ambulanzen-Einrichtungen der ihnen be-  
freundeten Gesellschaft des rothen Kreuzes beschossen hatten, waren  
nicht die Leute, irgend etwas zu schonen. Die auf das Aeußerste  
gebrachten Kommunards haben aber Angesichts des sicheren Todes  
nur einige strategisch durchaus notwendige Wegräumungen ver-  
anlaßt. Auch das Petroleum ist von den Versäilern noch in  
schlimmerer Weise gebraucht worden, als zur Füllung von Bomben,  
von denen man immer nur zur Belästigung der Gegenseite spricht,  
— nämlich zur Verbrennung von Tausenden eben Niedergewel-  
ter, was nicht einmal eine eigentliche Leichenverbrennung ergab, da  
die unmäßig aufgeschauften blutenden Massen Menschenfleisch so-  
fort auf heißer That verübt werden sollten, um nicht in zu  
dichten Stapelungen als lästige Zeugen der konzentriertesten Mas-  
sakres übrig zu bleiben. Was sind gegenüber solchen Szenen einige  
brennende Gebäude?“

## Das Gefängnißwesen in Preußen

beschäftigte Donnerstag vor acht Tagen den preussischen Landtag.  
Die Debatte entspann sich bei der Spezialberatung des Etats des  
Ministeriums des Innern. Bei dem Titel: Strafanstaltsverwal-  
tung kam ein von dem Abgeordneten Ebert gestellter Antrag zur  
Verhandlung, welcher dahin geht, den Strafvollzug vorläufig im  
Verwaltungswege in einer Weise zu ordnen, daß dadurch der Voll-  
zug der Strafe im Sinne des Strafgesetzbuchs sichergestellt wird.

Das Wort nahm zunächst Dr. Roederath: Es ist durchaus  
notwendig, daß die Bestimmung des § 16 des Reichsstrafgeset-  
buchs, wonach die zur Gefängnißstrafe Verurtheilten in einer Ge-  
fangenanstalt auf eine ihren Fähigkeiten und Verhältnissen ange-  
messene Weise beschäftigt werden können, in richtige Anwendung  
komme, was bis jetzt nicht der Fall war. Einem Bekannten von  
mir, der wegen eines geringen politischen Vergehens verurtheilt ist,  
wurde von dem Gefängnißdirektor zugemuthet, Kartoffeln zu schälen,  
und als er sich weigerte, diese Arbeit, welche seinen Verhältnissen  
nicht angemessen sei, zu verrichten, wurde er in den sogenannten  
Carcer gesperrt, ein ganz schwarz angestrichenes Zimmer, und be-  
kam zwei Tage lang keinen warmen Pöfel (weiterkeit), bis er  
sich endlich zu jener Arbeit verstand. Einem Freunde von mir,  
dessen Zelle unmittelbar an dasjenige Zimmer grenzte, das der  
Erzbischof Paulus Melchers bewohnte, wurde auf seine Beschwerde  
über ihm zugewiesene, seinen Fähigkeiten und Verhältnissen nicht  
angemessene Arbeiten, erklärt, er werde es mit seinen Beschwerden  
dahin bringen, daß auch dem Erzbischof Arbeiten zugewiesen wür-  
den, welcher derzeit noch nicht beschäftigt, vielmehr nur in der

Hausliste als Strohflechter eingetragen sei. (weiterkeit). Die  
Verschiedenheit der Behandlung der politischen Verbrecher wider-  
spricht dem Grundsatz der Gleichheit Aller vor dem Gesetze. In  
dem Etat ist der Betrag der Gefangenenanstalten auf etwas über  
2 Millionen Mark, die Ausgabe auf ungefähr 2 1/2 Millionen ver-  
anschlagt. Bei richtiger Verwaltung müßte die Erträge mindestens  
so groß sein, daß man die Ausgaben bestreiten kann. Nun ver-  
dingt man aber die Arbeitskräfte, statt dieselben gehörig zu nützen,  
an Fabrikanten, die dadurch reich werden. Auch die Gefangenen  
machen, wenn sie über das ihnen zugewiesene Quantum arbeiten,  
Ersparnisse; mir ist bekannt, daß ein Gefangener in einigen Jahren  
50 Thaler erspart hat.

Windthorst (Weppen): Der von dem Vorredner angeregte  
Gegenstand ist bereits im Reichstage in Veranlassung einer Peti-  
tion des Abgeordneten Moll, welcher sich zur Zeit im Gefängniß  
zu Ploßensee befindet, erörtert worden. Man hat beschlossen, den  
Reichskanzler aufzufordern, in geeigneter Weise auf eine richtige  
Ausführung des § 16 des Strafgesetzbuchs hinzuwirken. Ich hoffe,  
daß diesem Antrage entsprochen werden wird; nützlich aber wäre  
es jedenfalls, wenn uns die Regierung mittheilte, wie sie die Sache  
ansieht und ob sie bereits Veranlassung genommen hat, für eine  
richtige Behandlung der wegen politischer Vergehen Verurtheilten  
das Nöthige einzuleiten. In Preußen ist das Gefängnißwesen  
wenig geordnet, zumal die Leitung desselben unter die Ressorts der  
Minister des Innern und der Justiz vertheilt ist, während eine  
einheitliche Leitung ein dringendes Erforderniß ist. Es ist uner-  
hört, daß nach dem Erlaß des Reichsstrafgesetzbuchs noch die  
Straf-Instruktionen zu dem alten Strafgesetzbuch bestehen, welches  
auf der Abschreckungstheorie beruht. Die Behandlung der poli-  
tischen Gefangenen ist eine wahrhaft türkische.

Geh.-Rath Kling: Der Minister des Innern hatte schon  
vor längerer Zeit den Justiz-Minister zu einer gemeinschaftlichen  
kommissarischen Berathung über den beregten Punkt eingeladen.  
Diese Berathungen wurden demnach durch das Vorgehen des  
Reichstages unterbrochen, welcher an den Reichskanzler die bekannte  
Aufforderung richtete. Die preussische Staatsregierung hat vor-  
läufig Bedenken, auf den Antrag Ebert einzugehen, weil es  
ziemlich sicher ist, daß der Reichskanzler der Aufforderung des  
Reichstages Folge geben wird, und es rathsam erscheint, die Vor-  
schläge des Reichskanzlers abzuwarten. Sollte von demselben wider  
Erwarten keine Anregung gegeben werden, so wird die Regierung  
binnen kürzester Frist für die richtige Behandlung der Sache in  
Preußen das Nöthige veranlassen.

Ebert: Ich habe meinen Antrag gestellt, weil es mir für  
jetzt nicht durchführbar scheint, den Strafvollzug im Wege des  
Gesetzes zu ordnen, die Abhilfe aber unausschiebbar ist. — Im  
Etat werden für die Gefangenenanstalten Summen verlangt, die im  
Vergleich zu den Erfolgen, welche die Verwaltung erreicht hat, un-  
geheuer sind. Denn die Gefängnißstatistik hat keine erfreulichen  
Resultate aufzuweisen; beispielsweise ist die Rückfälligkeit von 78  
auf 84 Prozent gestiegen. Vor Allem muß die Duplicität der  
Verwaltung\*) aufgehoben und das Gefängnißwesen unter die einhei-  
tliche Leitung des Justizministers gestellt werden. Die Qualifi-  
kationsfordernisse der Gefängniß-Beamten müssen gesteigert werden.  
Persönliche Offiziere sind nicht die geeigneten Persönlichkeiten, um  
Gefängnißdirektorstellen zu bekleiden. Bezüglich der Behandlung  
der Gefangenen bestehen die verschiedensten Systeme, von denen  
einige durchaus verwerflich sind, z. B. das in Preußen vielange-  
wandte Penitenzialsystem, wobei die strengste Absonderung der  
Gefangenen eintritt. Der Direktor herrscht dann in den Gefäng-  
nismanern wie ein König. (weiterkeit.) Diesseits und jenseits  
des Ozeans ist dieses System längst gerichtet. Ich lege hier auf  
den Tisch des Hauses eine Gefängnißstatistik nieder. Vergleichen  
Sie mit dem lebendigen Bilde, das dieses Buch entrollt, die  
trockene Arbeit in diesem gelben Umschlage (d. i. der Etat für  
1875)! Die Wissenschaft allein rettet die Gefangenen und den  
Staat. Die Regierung müßte die Werte, welche in England über  
das Gefängnißwesen erschienen sind, übersehen lassen und veröffent-  
lichen; dann wird man sehen, wie weit wir in Preußen in dieser  
Beziehung zurück sind. Es ist bedauerlich, daß man die bezüg-  
lichen Anregungen des Prof. v. Holzendorff nicht beachtet hat. Wir  
können den Engländern für ihre Reformen gar nicht genug danken;  
das von ihnen angewandte sogenannte irische System hat große  
Erfolge in Australien in blühende Landschaften verwandelt. Es  
ist einer großen Nation würdig, dem Beispiele Englands zu  
folgen.

Windthorst (Weppen): Die Regelung des Gefängnißwesens  
kann nur im Wege des Gesetzes erfolgen, dagegen muß die Ver-  
besserung der Handordnungen in den Gefängnissen sofort in An-  
griff genommen werden. Hätten die Minister Dilligenz prästirt\*\*),  
so würden sie nicht erst lange konferirt, sondern sofort das Nöthige  
angeordnet haben. Es ist ganz unzulässig, daß wegen politischer  
Vergehen verurtheilte Personen ebenso behandelt werden, wie ge-  
meine Verbrecher. Die vielen Personen, welche solcher Vergehen  
wegen in den Gefängnissen sich befinden, können nicht warten, bis  
die Minister ihre Konferenzen beendet haben. Die Regierung  
braucht gar nicht auf den Reichskanzler zu warten. Derselbe würde  
sogar ganz vernünftig sein, wenn ihm die Regierung Alles schon  
fertig überreichte, was dem Reichstage vorgelegt werden soll. Die  
Gefängnisse befinden sich zum Theil in einem entsetzlichen Zustande,  
und wenn man jetzt so viele politische Vergehen schafft, so sollte  
man doch auch neue und bessere Gefängnisanstalten errichten. Nicht

\*) Doppelverwaltung.

\*\*) Hätten sie Fleiß bewiesen, Laß und Liebe für die Sache gehabt.

und Letztere wird den Gefangenen kaum gewährt. Mit Spezialien in dieser Beziehung werde ich ein andermal aufwarten.

Minister des Innern Graf Eulenburg: Die Sache wird vom Hrn. Abg. Windthorst etwas leidenschaftlich behandelt — ich weiß nicht, aus welchem Grunde. Ich habe an und für sich gegen den Antrag, wie er formuliert ist, nichts zu erinnern, zumal ich ausdrücklich durch meinen Kommissarius schon habe bemerken lassen, daß von meiner Seite die Initiative dazu ergangen ist, um im Verwaltungswege eine Einheit in der Behandlung der in den beiderseitigen Ressorts definierten Sträflinge herbeizuführen. Aber das ist doch natürlich, daß wenn überhaupt die Sache im Reichstage zur Sprache gekommen und eine bezügliche Aufforderung an den Reichskanzler ergangen ist, ich nicht auf eigene Hand einseitig vorgehen werde, noch mich vorher mit dem Reichskanzler darüber zu verständigen, nach welcher Richtung hin vorgegangen werden soll. Die Sache ist außerordentlich einfach: ich werde mich mit dem Reichskanzler in Verbindung setzen. Kommt eine allgemeine Anregung, so werde ich im Sinne derselben handeln; oder kommt keine oder hat der Reichskanzler sonst keine Gründe, die Sache im Augenblick zu dirigieren, so werde ich mich mit dem Justizminister darüber vereinigen, ein gemeinschaftliches Regulativ in dieser Beziehung zu erlassen. Aber eines muß ich doch noch erwähnen. Der Abgeordnete Windthorst setzte als eine bekannte Sache voraus, daß die politischen Gefangenen, wie er annimmt, eine unerhörte Behandlung erfahren. Ich kann nur konstatieren, daß aus meinem Ressort, d. h. aus demjenigen Umfange der Verwaltung, welche ich führe, seit den Jahren, in welchen von diesen politischen Gefangenen die Rede ist, auf die der Abg. Windthorst wahrscheinlich anspielt, auch nicht eine einzige Beschwerde an mich gekommen ist. (Windthorst: Ja, das glaube ich wohl!)

Ottow wünscht den Uebergang der gesamten Gefängnisverwaltung auf das Justizministerium und die schleunigste Verbesserung der Gefängnis-Hausordnungen. Die Gefängnisse selbst befänden sich zum großen Theil in sehr schlechtem Zustande, zumal in der Rheinprovinz. So haben in dieser Woche aus der Strafanstalt zu Köln gegen hundert schwere Verbrecher wegen der Unzulänglichkeit der Strafanstalt bis in die Mitte Schlesiens transportiert werden müssen.

Damit schloß die Debatte.

Trotz der „Heiterkeit“ wurde der Antrag angenommen. Der preussische Landtag hat also in demselben Sinne sich ausgesprochen wie der Reichstag in dem Botum über die Mostische Petition. Was es nützen wird?

## Politische Uebersicht.

— Osenheim ist am Sonnabend von den Geschwornen mit 7 gegen 6 Stimmen freigesprochen worden. Osenheim, der Schwindler, der Gründer, der Betrüger hatte sich für Eins erklärt mit der bürgerlichen Gesellschaft: durch seine Freisprechung haben die Bourgeoisgeschwornen erklärt, daß die bürgerliche Gesellschaft Eins ist mit dem Schwindler, mit dem Gründer, mit dem Betrüger Osenheim. Wir danken den Wiener Geschwornen!

— Der Reptilienfonds beschäftigte den preussischen Landtag am 22. Februar. Wir geben kurz die Verhandlungen. Zum Titel: Geheime Ausgaben im Interesse der Polizei, 120,000 Mark, bemerkt Abgeordneter v. Schorlemer-Alst: (Centrum) „Der Abgeordnete Richter sagte kürzlich, daß mit dem Ableben des Kurfürsten von Hessen die Staatsregierung wohl Veranlassung nehmen würde, den Reptilienfonds zu beseitigen. Ich weiß nicht, wie der Abgeordnete Richter zu dieser Vertrauensseligkeit kam; ich kann seine Hoffnungen nicht theilen, wenn nicht die Landesvertretung sich zu einem entschiedenen Entschlusse aufrafen sollte. Es wäre in der That Zeit, diesen Krebsknoten zu beseitigen. Wir haben Maßregeln gegen den Coloradoläser, ein Reichsgesetz gegen die Rebbläuer; jedenfalls viel notwendiger wäre ein Gesetz gegen die Reptilien in der Presse (Heiterkeit), die das Denken der Nation fälschen, das Denunziantenthum fördern und die Lügen an Stelle der Wahrheit setzen. Wenn man einem Theil der süddeutschen Presse über ihren Ton und ihre Haltung Vorwürfe macht, so ist doch das Verhalten der Reptilienpresse noch viel mehr zu tadeln; eine solche Bodenlosigkeit des Tones und der Insinuationen ist noch nicht dagewesen. Die offiziöse Presse darf sich alles erlauben, gegen die Blätter der Opposition werden die kleinlichsten Maßregeln ergriffen. So wurde in Westfalen einigen Blättern verboten, sich Kreisblätter zu nennen. Ich will mit den Worten aus einer philippischen Rede des Demosthenes schließen: „Nur ein Glück ist diesem Fürsten allein beschieden, das Glück, daß er auf seinem Lebenswege Menschen fand, als Werkzeuge brauchbar in größerer Zahl und von größerer Schlechtigkeit, als er erwarten durfte.“ — Der Minister des Innern (Eulenburg) führt aus, daß es ganz loriet sei, oppositionellen Blättern den Titel Kreisblatt nicht zu gestatten, da ihnen dieser Titel den Stempel eines amtlichen Blattes aufdrückt. — Abgeordneter Windthorst-Vielefeld (Fortschrittler): Ich kann der Regierung nur danken, daß sie endlich dem Unwesen der Kreisblätter ein Ende gemacht, die unter dem Landvolke unter der offiziellen Firma die einschlichsten Verleumdungen über die Parteien und die Geschehnisse des Staates verbreiten haben. Hier handelt es sich übrigens nicht um den Reptilienfonds, sondern um einen geheimen Fonds. Wir werden es immer beklagen, daß der Reptilienfonds besteht und werden bestrebt sein, ihn aus der Welt zu schaffen. Nur aber wer reine Hände hat, sollte sich gegen den Reptilienfonds aussprechen; viel gefährlicher scheint mir der päpstliche Reptilienfonds; der Paps hat, wie Sie wohl wissen werden, zur Unterstützung ultramontaner Zeitungen 180,000 Lire gewährt, weil die Wirkungen bisher noch nicht den Erwartungen entsprochen hätten. Mir scheint nicht so verderblich als eine Presse, die unter der Firma: Wahrheit, Freiheit und Recht und unter dem Verdammel der Religiosität zu wirken sucht. — Abg. Windthorst-Weppen: Der Vortredner behauptet, kein Freund der Reptilienpresse zu sein, und hat einen berebten Vortrag für dieselbe gehalten. (Widerpruch.) Wenn das keine Vertheidigung der Reptilienpresse war, dann möchte ich einmal eine hören. (Heiterkeit.) Hier wäre der rechte Punkt, etwas gegen den Reptilienfonds zu thun. Aber wenn nur Kulturkampf ist, dann ist alles vortrefflich. (Sehr wahr! im Centrum.) Ob das zutreffend ist, daß man verbieten kann, daß eine Zeitung sich Kreisblatt a. D. nennt, weiß ich nicht; der Minister machte Anspielungen auf Erkenntnisse, die er aber nicht vorgelegt hat; ich leane derartige Erkenntnisse nicht. Wenn der Minister meinte, der Abg. v. Schorlemer-Alst als Minister würde auch nicht leiden, daß in den Kreisblättern seine Politik angegriffen wird, so ist das ein Bekenntniß des Hrn. Ministers, daß er nicht Minister, sondern Parteihaupt ist. Ein Parteihaupt leidet solche Angriffe allerdings nicht; obgleich es besser wäre, auch dem Gegner ein Wort zu gönnen, damit aus Rede und Gegenrede die Wahrheit erkannt werde. Aber ein Minister soll nicht

Parteihaupt sein, sondern über den Parteien stehen und die Kreisblätter nicht gebrauchen, um ihm gegenüberstehende Parteien und Personen in der ungebührlichsten Weise anzugreifen. Das thut nicht bloß die Kreisblätter, sondern am meisten das Blatt, welches dem Minister am nächsten steht, die Provinzial-Correspondenz. Uebrigens ist das Blatt sonst nicht übel. Es liegt so in der Natur, daß allerlei Institutionen durchaus wohlthun, wenn sie einmal ein kräftiges Wort im Kulturkampf aussprechen, sonst werden sie sehr überflüssig und nichttauglich für ihre Zwecke crachtet.“

Natürlich wurde der Titel bewilligt und der Reptilienfonds gutgeheißen. Mit einigen wenigen Ausnahmen stimmte auch die Fortschrittspartei für die offizielle Prestorruption, und hat damit endlich einmal Farbe bekant. Wir werden nach Kräften dafür sorgen, daß dieses Botum der Fortschrittler als Brandmal auf der Stirn haften. Der große Fortschrittsheld Richter (dasselbe Individuum, welches bei der Landsturmdebatte lachte, als Lieblecht die 6 1/2 Millionen nichtsteuerfähigen Preußen erwähnte), war bei der Debatte gar nicht zu gegen, obgleich er in Folge seines früheren Vorgehens gegen den Reptilienfonds moralisch dazu verpflichtet war. Herr Richter hat sich der Regierung bemerklich genug gemacht, und glaubt offenbar nun bald den Weg des Herrn Michaelis\*) wandeln zu können.

— Ein Justizminister. Am 23. Februar kam es im preussischen Landtag zu einem interessanten Scharmügel des Centrums mit dem Justizminister Leonhardt, in welchem der letztere seiner Gewohnheit nach übel zugerichtet wurde. Der „Frankfurter Zeitung“ wird aus Berlin darüber geschrieben:

„Der Justizminister Dr. Leonhardt schien vorher in Kenntniß gesetzt worden zu sein, daß die Führer des Centrums die Berathung des Justizetats zu heftigen Angriffen gegen die Leitung seines Ressorts benutzen werden, denn derselbe hatte einen Wust von Akten in die Sitzung mitgebracht, um an der Hand von Beweisen sich von aller Schuld und Fehle reinzuwaschen. War das letzte Debatte des Justizministers Leonhardt bei Gelegenheit des Majunkesalles im Reichstage schon ein höchst unglückliches, so daß der Reichskanzler einen Augenblick seinen Kollegen für den bekanntesten Beschluß des Reichstags verantwortlich machte, um wie viel kläglicher waren die heutigen Auslassungen des Herrn Leonhardt, als er vom Centrum unter der Beschuldigung parteiischer Handhabung der Beaufsichtigung der Presse heftig angegriffen wurde. Der nachsaurche Clericale Dr. Lieber verlas ein Rescript des Justizministers vom 14. Juli 1874, nach welchem die Staatsanwälte auf das Dringendste angegangen werden, gegen die staatsfeindliche, namentlich aber gegen die ultramontane Presse bei strafbarem Thatbestand sofort einzuschreiten. Man traute seinen Ohren kaum, als bei Verlesung dieses Ukases von einigen liberalen Bänken vereinzelte Bravorufe sich vernehmen ließen, sie kamen von denselben Herren, welche die berühmten Twenstonschen Reden in der Conferenzzeit, die dasselbe Thema behandelten, nicht laut genug preisen konnten. Lieber erwähnte die in den letzten Tagen wiederholt vorgekommene Beschlagnahme der hiesigen „Germania“, deren beide letzte Nummern gegen die ausdrücklichen Bestimmungen des Preßgesetzes ohne vorherige Sitzung der Rathskammer des Gerichts vom Polizeipräsidenten confiscirt worden seien. In seiner Replik entwickelte der Justizminister eine Theorie, die selbst auf der linken Seite bei den ausgesprochensten Kultur-Kämpfern auf lebhafteste Opposition stieß; sogar der Generalissimus dieses Chorus, der Abgeordnete Sneyt, konnte vor Erstaunen ein wiederholtes Kopfschütteln nicht unterdrücken. Herr Leonhardt stellte nämlich die höchst gefährliche und wenig verständliche These auf, daß die Beschlagnahme der „Germania“ deshalb erfolgt sei, weil sie die neueste päpstliche Bulle an einigen prägnanten Stellen mit gesperrten Lettern abgedruckt und dadurch die Staatsbürger zum Ungehorsam gegen die Gesetze wesentlich aufgefordert habe; damit sei der Bulle der historische Charakter verloren gegangen. Noch bedenklicher ist die Aeußerung des Chefs der preussischen Justiz, wonach eine Confiscation der anderen Blätter, welche ebenfalls die päpstliche Encyclica zum Abdruck gebracht haben, nicht erfolgen werde, weil bei ihnen nicht die staatsfeindliche Tendenz wie bei der „Germania“ Platz greife. Bei diesen gegen Verfassung und Recht verstoßenden Ausführungen konnten sich auch die Herren Fortschrittler und Nationalliberalen eines lauten Wutred nicht erwehren, und verwundert schaute Herr Leonhardt nach den Vätern seiner Getreuen. Schon wieder wurde die bis zum Ueberdruß vorgebrachte Kullmann-Affaire vom Justizminister herangezogen. Charakteristisch für unsere verfassungsmäßigen Zustände ist die Thatsache, daß das angeführte Rescript unmittelbar nach dem Rißinger Attentate und 14 Tage nach dem Inkrafttreten des neuen Reichspressgesetzes in die Welt gesetzt worden ist. Natürlich secundäre Herr Jung, der samose Leidenredner von 1848, wiederum dem Justizminister; er witterte mit seiner feinen Nase schon neue Menschelmörder, die nach dem Leben des vielgeplagten Reichskanzlers trachten, und hielt in Verbindung damit eine Lobrede auf das Rescript. Die heute im Abgeordnetenhaus geflossene Debatte hat gezeigt, wie nothwendig es sein wird, in der zu erlassenden Straf- und Civilprozeßordnung das Institut der Staatsanwaltschaft zu organisiren, um die der jeweiligen Regierung unbecueme Presse vor Willkür zu schützen.“

So weit der Correspondent der „Frankfurter Zeitung“. Wenn derselbe glaubt, solchen Justizskandalen könne durch eine Reform des Instituts der Staatsanwaltschaft abgeholfen werden, so ist das eine große Naivität. Der tüchtigste, ehrlichste Mann wird, wenn hundert „Gesetzesparagrafen“ auf dem Papier seine Unabhängigkeit garantiren, vollständig machtlos auf oder mit dem Strom schwimmen müssen, so lange das herrschende politische System dauert. Hier giebt's keine theilweise Reform, — hier hilft nur eine gründliche durchgreifende Reform an Haupt und Gliedern.

— Mißhandlung eines Untersuchungsgefangenen. Man schreibt uns: Die in Nr. 17 des „Volksstaat“ gemeldete Behandlung unseres in Dülken, Kreis Kempen, verhafteten Parteigenossen Wolf ist inzwischen gegen Caution in Freiheit gesetzt, was jedoch an der Sache nichts ändert. R. v. B.) hat diejenige Beachtung und Beschprechung nicht gefunden, die der Fall verdient. Es sei darum erlaubt, hier noch einmal darauf zurückzukommen. Nach jener Meldung wurde Wolf in Dülken wegen einer Rede in einer Versammlung verhaftet und andern Tages geschlossen nach Cleve abgeführt. Wir fragen, wie man es verantworten will, daß man einen unbescholtenen Mann, der vorläufig erst in Untersuchung gebracht worden, und bei dem erst festgestellt werden soll, ob er ein Vergehen begangen hat, wie den gemeinsten Verbrecher behandelt? Selbst bei einem gemeinen Verbrecher, der

\*) Michaelis, früher „unabhängiger Liberaler“ und Oppositionsmann, ist jetzt Regierungsrath und figurirt häufig als Regierungs- und Bundeskommissar.

seines Vergehens überwiegen, ist eine solche Behandlung ohne bringendste Gefahr der Flucht unstatthaft. In selbst, wo ein Fluchtversuch zu erwarten, ist sie vielleicht absurd zu nennen, da der kräftige, mit Heb-, Stich- und Schußwaffen gut versehene Gewandarm mit Leichtigkeit den Gefangenen überwältigen und am Entspringen verhindern kann. Roh und barbarisch ist aber eine solche Behandlung und ungerecht zugleich, wenn sie an einem ehrenhaften, unbescholtenen Mann ausgeübt wird. Wir nehmen an, daß der Gewandarm auf Instruktion irgend eines Borgelegten gehandelt hat; wir können nicht glauben, daß er aus eigener Machtvollkommenheit sich zu einem solchen Verstoß gegen die einfachsten Regeln der Rücksicht hat hinreißen lassen.

Aber wie dem auch sei; wir müssen dagegen protestiren, daß ein Untersuchungsgefangener und obendrein ein politischer, dem man höchstens einen Verstoß gegen § 131 des Strafgesetzbuches nachweisen können, in solch unwürdiger Weise wie der gemeinste Lump behandelt wird. Hier muß Abhilfe geschaffen werden. Hat der Gewandarm oder sein Borgelegter sich eine Uebertretung der gesetzlichen Bestimmungen zu Schulden kommen lassen — was wir nicht wissen, aber auch nicht glauben, da wir oft Augenzeugen waren, daß man in Preußen sogar beim „Rechten“ erappte Handwerksburschen geschlossen durch Gewandarmen transportirt — so hat der Betreffende Bestrafung zu erhalten. Ist die Behandlung Gesetz- und Instruktions-gemäß, dann müssen solche Bestimmungen schleunigst beseitigt werden, denn sie sind eine Schmach für unsere Zeit.

Unsere Parteigenossen im Reichstag sollten in dem vorliegenden Falle von ihrem Rechte Gebrauch machen und bei der Commission für die Justizgesetz bezügliche Bestimmungen beantragen, damit eine solche Mißhandlung eines Untersuchungsgefangenen künftig unmöglich wird. Geht die Commission nicht darauf ein — was kaum anzunehmen ist — so mögen sie bezügliche Anträge im Reichstag stellen. Wir hoffen, daß dort in jedem Fall die Behandlung Wolfs zur Sprache gebracht wird.

Hieran anknüpfend wollen wir noch hervorheben, wie nothwendig gesetzliche Schutzmaßregeln auch gegen willkürliche Verhaftung und willkürliche Behandlung der Untersuchungsgefangenen in den Gefängnissen sind. Der Stuttgarter Staatsanwalt hat kurz hintereinander 2 Sozialdemokraten: Dreesbach wegen angeblicher Majestätsbeleidigung und Redakteur Hillmann wegen angeblicher Verletzung des § 131 des Strafgesetzbuches, einziehen lassen und je 5 Wochen in Untersuchungsbuchsen gehalten. Eine Caution für Hillmann wurde zurückgewiesen. Nach 5 Wochen mußten die Gefangenen wegen Mangel an Beweisen entlassen werden.

Sollte der Staatsanwalt nicht von vornherein gewußt haben, daß er eine Klage mit Aussicht auf Erfolg nicht anstrengen könne? Liegt hier nicht der Verdacht nahe, daß es ihm in beiden Fällen nur darum zu thun gewesen sei, die beiden Männer auf einige Zeit unter der Form Rechts hinter Schloß und Riegel zu bringen? Wir wollen unentschieden lassen, ob dem so ist, aber der Verdacht liegt nahe, sehr nahe.

Welche Sicherheit hat nun der Staatsbürger für seine Freiheit wenn solche Fälle möglich sind? Und was ist das deutsche Staatsbürgertum werth, wenn sich der auf bloßen Verdacht hin verhaftete eine Behandlung gleich derjenigen Wolfs muß gefallen lassen? Auch Dreesbach wurde während der fünf Wochen mit gemeinen Verbrechern zusammengepackt und gleich ihnen behandelt. Eine Genugthuung oder Entschädigung für die unschuldig ausgestandene Untersuchungshaft erhielten weder Hillmann noch Dreesbach. Solche Vorkommnisse zeigen auch dem wenig Scharfsichtigen, daß unsere Rechtszustände auf keiner Willkür beruhen; und unsere Gegner dürfen sich wahrlich nicht über das Vorhandensein und Wachstum der Sozialdemokratie wandern. Sie selbst sind es, die jeden für Recht und Gerechtigkeit fühlenden Menschen in unsere Reihen treiben.

— Heuchelei und Fabrikantenthum. Na die Generalversammlung des Vereins der Wollinteressenten Deutschlands, welche am 22. d. M. unter den Linden in Berlin tagte, richtete Herr Fabrikant Friedrich Steinberg aus Lodenwalde folgendes Schreiben, welches interessant ist, da es zeigt, welchen Humpag man in diesen Kreisen mit angeblich sozialen Verbesserungsorschlägen treibt. Herr Steinberg empfiehlt in diesem Schreiben die Methode des jährlich zweimaligen Scheerens (der Schaaf oder der Arbeiter, Herr Steinberg?) im Februar und September, um bei Schaafen mit langer dünnhaariger Wolle eine größere Quantität schweißreier, lockerer Wolle zu erzielen, was ein doppelter Vortheil sei, einmal für die Schaafzucht, und dann auch für (man höre!) „das ganze soziale Leben der Arbeiter,“ der kleinen Leute, welche neben ihren Schweinen mit Nagen ein oder mehrere Schaaf (macht 2—4 Pfo. Wolle; ei, wie sieht man da in der Wolle, Herr Steinberg?) sich halten können, zu verbessern. Schreiber erklärt sich bereit, solche Wolle zu einem guten Preise aufzukaufen. (Das geschorene Arbeiterschaf als Wolllieferant muß doch etwas verdienen.) Der Inhalt dieses Schreibens ward von der Versammlung „mit Interesse“ entgegengenommen und zugleich von einigen Rednern das Praktische des Vorschlags (für Herrn Steinberg?) bestätigt. Also wieder eine neue Verarschung und Racc. Neben den göttlichen Schahirten auch göttliche Schaafhirten, die göttlichen Schaafkläse zubereiten. (Bekanntlich ein schwer verdauliches Essen.) Wohl bekomms!

— Die Kasperrung in Südwesten dauert fort; obgleich nur die wenigsten der brodlos gemachten Arbeiter regelmäßige Unterstützung empfangen, und in Folge dessen die Mehrzahl den härtesten Entbehrungen ausgesetzt ist, so zeigt sich doch nicht die geringste Spur von Kleinmüthigkeit; und da Seitens der „Heren“ nach wie vor jeder Ausgleich, jede Vermittelung zurückgewiesen wird, so läßt sich das Ende dieses nun in den dritten Monat eintretenden Niesenkampfes zwischen Kapital und Arbeit nicht absehen. Wenn es gelingt, die Gewerksvereine zu einer gemeinsamen wöchentlichen Geldunterstützung zu bewegen, so würden die Grundbesitzer wohl nachgeben müssen.

— Nicht am 2., sondern am 1. April Morgens verläßt Bebel das Landesgefängniß in Zwidau, welches er am 2. Juli des vorigen Jahres bezogen hat. Bei längeren Haftstrafen wird nämlich der erste sowohl als der letzte Tag voll gerechnet, während bei kürzeren Strafen die Zeit der Entlassung sich genau nach der Zeit des Eintritts richtet.

Seit dem 1. Februar ist Most in Bösensee der Zwangsarbeit entbunden und kann sich ungehindert literarisch beschäftigen. Es ist Sorge getragen, daß die 10 Thaler monatlich, welche er für die Anstalt verdienen muß, ihm als Honorar zuzufiegen. Selbstbesorgung hat Most noch nicht.

— Der Redakteur der in Stuttgart erscheinenden „Süddeutschen Volkszeitung“, Hillmann, ist wegen Beleidigung des Fabri-

stanten Staub in Kuchen, unter Anrechnung von 15 Tagen Untersuchungshaft, zu zwei Monaten Gefängnis und in die Kosten verurteilt worden.

### Gewerkschaften

#### Allgemeiner deutscher Schneiderverein.

**Siegen, 25. Februar.** Die Mitgliedschaften erschufen wir, ihre Ansichten über die vorgelegene Agitation und mitzuteilen, sofern dieses noch nicht geschehen, damit wir eine Uebersicht über die Thätigkeit in der Gewerkschaft bekommen; andererseits auch, um fernere zweckmäßige Anordnungen zur Weiterverbreitung treffen zu können. Zwar ist augenblicklich eine ungünstige Zeit, aber wir müssen uns in denselben vorbereiten, um früher oder später wohl-angegriffen und schlagfertig eingreifen zu können. Sollte Jemand geeignete Adressen aus Städten, wo noch keine Mitgliedschaften bestehen, kennen, so bitten wir, dieselben anher mitzuteilen. Ferner fordern wir die Controlure des Kranken-Unterstützungsbundes auf, ja ihren Posten gewissenhaft und gerecht auszufüllen. Möge man bedenken, wie leicht sich Simulanten eine nachlässige Controlure zu Nutzen machen könnten. Wer hätte es sich zu zuzuschreiben, wenn auf diese Weise die Lebensfähigkeit der so nützlichen Institution in Frage gestellt würde? Um diesem vorzubeugen, lasse sich Niemand durch unrichtig angewandte Mildeithätigkeit oder schlecht angebrachtes Vertrauen verleiten, seine Pflicht zu vernachlässigen. Gerecht gegen alle Theile, das mache sich Jeder zum Prinzip.

Dann bringen wir noch zur allgemeinen Kenntniß, daß sich die Kollegen in Ulm unserer Organisation angeschlossen haben; mögen dieselben muthig weiter arbeiten, um sämtliche Genossen daselbst der Mitgliedschaft zuzuführen. Als Bevollmächtigter ist gewählt: Joh. Lang, Kassirer, Sal. Scholler, beide Adalgasse D. 170.

Mit Gruß und Handschlag

Der Aussch. J. A.: V. Klerz.

#### Metallarbeitergewerkschaft.

**Bad Liebenstein, Gewerkschaften!** Auch wir sind eingetreten in eure Reihen, um mitzukämpfen für die gerechte Sache, und darum ist es an der Zeit, daß wir auch einmal etwas von uns hören lassen, wenn gleich meine Mittheilungen auch nicht so günstig lauten. Am 14. Februar sollte bei uns eine Versammlung stattfinden, da der Genosse Weykopf aus Braunschweig hier anwesend war; der Herr Schultheiß aber, wie er sich betheilt, war nicht geneigt, diese Versammlung zu erlauben. Er erklärte mir von „Rechtswegen“, daß ich bestraft werden würde, wenn ich die Versammlung eröffnete. Die Versammlung mußte also unterbleiben, und Genosse Weykopf konnte uns nur in gefälliger Weise unterstützen. Es ist Beschwerde gegen den Schultheiß Schwarz eingereicht. Nun noch Eins. Mit unsern hiesigen Zuständen läßt sich natürlich nicht prahlen; es gibt großen Hunger und wenig Brod, viel Arbeit (von 6 Uhr Morgens bis 7 Uhr Abends) und wenig Lohn, dabei ist noch zu verwundern, daß unser Herr Fabrikant noch keine Lohnreduktion hat eintreten lassen. Dafür sind wir aber mit einer sogenannten Fabrikordnung beschenkt worden. Es würde zu weit führen, wollte ich dieselbe von A bis Z mittheilen; von welchem Geist dieselbe aber getragen ist, ist am besten aus der Behandlung zu entnehmen, die den Arbeitern wird. Benennungen wie Schaaf, elende Gesellschaft, Esel &c. sind an der Tagesordnung, auch Ohrfeigen und Hinauswerfen ist an der Tagesordnung. Wer den „Vollstaat“ oder „Neuen Sozialdemokrat“ liest, der wird ebenfalls hinausgeworfen, denn diese Arbeiter sind in den Augen des Fabrikanten die schlimmsten. Daß der Sozialismus hier keinen rechten Boden faßt, liegt daran, daß selbst derjenige Arbeiter, der überzeugt ist, daß wir für eine gerechte Sache kämpfen, frage zurücktritt aus Furcht, seine Existenz zu verlieren. All diesen Uebelständen kann nur abgeholfen werden, wenn Ihr der Gewerkschaft beitrete, damit Einer für Alle und Alle für Einen kämpfen. Nicht Euch die Hand Ihr Unterdrückten und zwingt die Arbeitgeber, Euch als Menschen zu achten. Bedenkt und lernt einsehen, daß wir vereint ein Ganzes bilden, vereint aber nur lose Glieder sind.

Christian Neubert.

#### Gewerkschaft der Maurer und Zimmerer.

**Anruf an alle Maurer, Zimmerer, Dachdecker, Bildhauer, Steinhauer, Steinseher u. s. w. in Deutschland!**

Da wir bereits den kummervollen Winter hinter uns haben, und immer mehr dem Sommer entgegengehen, so tritt an uns Alle die Pflicht heran, aufs Neue die Agitation und zwar energisch in die Hand zu nehmen. Deshalb ergeht an Euch Alle der Ruf, Bauhandwerker Deutschlands, vereint Euch, tretet ein in die Gewerkschaft der Maurer und Zimmerer! Sowie die Reime trotz des harten Winters aus der Erde hervordringen, so wollen auch wir und zwar mit festen und vereinigten Kräften für unsere Sache den Arbeitgeber gegenüber unaufhaltsam thätig sein.

Blickt Euch um, Bauhandwerker Deutschlands! Ueberall sehen wir unsere Arbeitgeber sich vereinigen, sie halten Ortsversammlungen, ja sogar Landesversammlungen ab, um uns in ihrem Sinne zu beglücken, d. h. zu unterdrücken. Wie hier laut wurde, wollen sie Kassen gründen, um die unsern zu schlägen und uns zu zwingen, den ihrigen beizutreten. Aber fragt Euch, was bieten uns diese Herren? Nicht mehr und nicht weniger als den Trost, ihr Kapital zu vermehren. Denn nur Derjenige, der sich zu schanden fühlt, erhält pro Tag 15 Sgr. und nur Der, welcher sich todtschützt, 1000 Thlr., aber er muß Frau und Kinder hinterlassen, sonst erhalten seine Erben gar nichts. Und wie viel sollen wir beisteuern? Nur die geringe Summe von wöchentlich 3 Sgr.

Freunde und Gewerkschaften! Nun frage ich Euch, in welcher Klasse steht Ihr Euch am besten? Etwa nicht in unserer Klasse, in welche Ihr jährlich nur 2 Thaler zahlt und von der Ihr wöchentlich 2 Thlr. erhaltet und wo Euch die Gewerkschaft bei Arbeitslosigkeit reichliche Unterstützung bietet, und wo Euch ferner die Begräbnis-Kasse, in die Ihr jährlich 20 bis 24 Groschen zahlt, 20 Thlr. Sterbegeld sichert!

Nun, Bauhandwerker Deutschlands, überlegt und erkundigt Euch bei unseren Genossen! An Euch, Bauhandwerker und Arbeiter, die Ihr noch keiner Gewerkschaft beigetreten seid, ergeht vor allem der Ruf: Organisiert und vereint Euch, ehe es zu spät wird! Bald wird die Vorortverwaltung die beschloffenen Auftrufe zur Ausbreitung der Gewerkschaft versenden, ermuntert sie in ihrem Streben, indem Ihr derselben entgegenkommt. Schon jetzt werden Anmeldungen zu Gründungen von Mitgliedschaften angenommen, wer Statuten wünscht, wolle sich gefälligst an den Geschäftsführer Heinrich Nieke, Braunschweig, Schöpffenstedterstr. 50, wenden.

Schließlich werden die Bevollmächtigten und alle Freunde unserer Gewerkschaft ersucht, diese Ansprache an die rechte Adresse gelangen zu lassen. Kassirer der Gewerkschaft zu Braunschweig.

### Correspondenzen.

**Berlin, Anruf an die Schuhmacher und Berufsgenossen Deutschlands! Kollegen!** Seit längerer Zeit ist der Allgemeine deutsche Schuhmacherverein von Seiten der Polizei in vielen Städten geschlossen worden und die Agitation selbst auf gewerkschaftlichem Gebiete mußte bisher unterbleiben. Da der Lohn schon bei der guten Geschäftslage kaum zur Fristung eines kümmerlichen Daseins ausreicht, so ist die Roth jetzt bei der Geschäftskrise um so größer und die Fabrikanten suchen in ihrem Interesse den Lohn noch mehr herabzudrücken; auch der kleine Meister ist nicht im Stande, die Konkurrenz auszuhalten. Deshalb ist es Pflicht, daß die Kollegen allerorts sowie die Kleingewerkschaften sich wieder zusammenscharen und in ihrem Interesse sich an der Agitation betheiligen, denn mit demselben Recht, wie die Arbeitgeber sich zusammenscharen und Vereine gründen, können es die Arbeitnehmer auch. Deshalb agitirt von Neuem und haltet fest an dem, was der Schuhmachercongress im Jahre 1872 in Berlin beschloß: Verbesserung unserer elenden Existenz. Die Kollegen an den verschiedenen Orten mögen die gewerkschaftliche Agitation von Neuem beginnen und Versammlungen einberufen.

**Frankfurt a. M., 23. Februar.** Gestern Abend fand hier eine Volksversammlung statt, die von den Sozialisten beider Fraktionen zahlreich besucht war. Das Bureau bestand aus den Herren Prinz, Schmidt und Sabor. Nachdem Hr. E. Klein über „Macht und Recht“ unter allgemeinem Beifall gesprochen hatte, berieth man über die Gründung eines sozialdemokratischen Wahlvereins. Sämtliche Redner: Prinz, Schmidt, Klein, Beyer und Sabor schlugen die Wahl einer Commission vor, welche die Statuten ausarbeiten und einer neuen Versammlung zur Prüfung vorlegen sollte. Dieser Antrag wurde einstimmig angenommen, und sind folgende Personen in die Commission gewählt: Beyer, Gärner, Hagerhorn, Klein, Prinz, Niel, Schade, J. Schmidt und Sabor (zum Esq.: Adam und Adolf Schneider).

**Großenhain, 24. Februar.** Es wird wohl an der Zeit sein, über die Parteiverhältnisse am Orte etwas bekannt zu geben. Der beste Beweis, daß die hiesigen Genossen nicht unthätig sich verhalten, ist die größere Aufmerksamkeit, deren wir uns neuerdings Seitens der „hochwohlwollenden Behörde“ zu erfreuen haben, und machen wir dabei die interessante Erfahrung, daß für die „Reichsfeinde“ andere Saiten aufgezogen werden als für die mit dem bestehenden Regime sich einverständigen erklärenden Parteien. Man versucht es zwar erst mit kleinen Chicanen, doch dies nur, damit wir uns besser daran gewöhnen möchten. — Einmal sollen die abzuhaltenen Versammlungen — damit dem Einberufer nicht etwa Unannehmlichkeiten dadurch entstehen könnten — wie zart! — nicht früher im hiesigen Unterhaltungsblatt angezeigt werden, als bis die polizeiliche Anmeldung erfolgt sei; wovon natürlich nicht die Rede sein kann. Das andere Mal dürfen wir unter unsere Parteiversammlungs-Annoncen das Gleichheit verkündigende „Gäste sind willkommen“ nicht mehr verzeichnen, denn „dies stempelt die Parteimitglieder-Versammlungen zu öffentlichen“, während Seitens anderer Vereine dies unbehindert fortgeschicht. Also auf der einen Seite mit der alten Rege, auf der andern mit dem Heftoliter gemessen. Nun, wir haben den Zusatz in unseren Annoncen mit dem: „Ausnahme neuer Mitglieder“ vertauscht. — Ferner wurde dem Wirth des Schützenhauses bange ob angekündigter Maßregelung, er wählte sie deshalb lieber von seinen Schultern auf die unsrigen und entzog uns sein Lokal. Schwerlich dürfte er viel dadurch verbessert haben, aber — man hatte ihm Seitens der „militärischen Behörde“ angedeutet: „Wenn die Sozialdemokraten bei ihm verkehrten, könnten selbstverständlich (?) die Rekrutierungen nicht bei ihm stattfinden;“ — gewiß, es wäre sehr gefährlich, wenn die Rekruten etwas „Roth“ aus diesem Saale mit in die Kaserne schleppen würden, die Farbe hat etwas so Befrechendes!

Gerotte Behr, der sieben Tage Gefängnis hier wegen Hausfriedensbruch verbüßte, (Affaire Raundorf während der angekündigten Arbeitsausperrung) wurde nach Verbüßung seiner Haft der Stadt verwiesen. Gewiß auch eine humane Handlung Seitens des Stadtraths mit dem Bürgermeister Herrn Ludwig-Wolf (Meeraner Angehöriger) an der Spitze; zumal wenn man in Betracht zieht, wie dieser Stadtvater sich bemüht, die soziale Frage durch den Wechselbalg „Schiedsgericht“ zu — lösen. Ist man schon erbaut, wenn man sich die Zusammensetzung des Schiedsgerichts betrachtet, so ist man es noch mehr durch die Wahrsprüche desselben, unter welchen jetzt, wie es scheint ausschließlich geborene Arbeiter (wir nehmen hierbei Rücksicht auf den Protest des Herrn Fabrikanten R. Buchwald gegen die „Arbeiterjugend“) zu leiden haben. Nachgerade werden aber auch diese „Geworbenen“ den Herren Fabrikanten unangenehm; man hat schon aussonderliche Geschichten von diesen aus ihrer Heimath Gerissenem erzählen hören, und ist ja auch schon ein Fall in diesem Blatte mitgetheilt worden. Es mag aber auch chronologisch sein, wenn die Arbeiter ihren Borgesezten, die zu den Honorationen unserer Stadt zählen, Unbildung vormerken, wie dies neuerdings in der „Sächsischen Tuchfabrik“ vorgekommen ist, und kann ich nicht umhin, diesen Vorgang speziell zu erwähnen, der ein großes Licht auf unsere gesellschaftlichen Zustände wirft, und uns einen tieferen Einblick in die Bildung der „gebildeten Stände“ thun läßt. Nämlich bei einer, der in genannter Fabrik öfter vorkommenden Affairen, drohte ein Arbeiter dem Herrn Direktor Richter, der nebenbei bemerkt mit auf der Dresdner Gesandtenliste figurirt, mit der Veröffentlichung seiner Handlungsweise im „Vollstaat“, worauf ihm Herr Richter wörtlich erwiderte: „Sie können mich sammt dem „Vollstaat“ —“ Der Arbeiter unterließ es nicht, Herrn Richter auf seine „Bildung“ aufmerksam zu machen. Ein anderer Fabrikant fragt seine Arbeiter: „Was haben Sie denn eigentlich noch an den Fabrikanten auszusetzen?“ Und so könnten wir noch Verschiedenes anführen, wenn wir uns diese Ungezogenheiten alle ad notam nehmen wollten, meistens sind die Arbeiter gar kein Gewicht mehr darauf, indem sie es für selbstverständlich halten, was allerdings das beste Zeugniß für den Bildungsgrad dieser „Gebildeten“ ist. Und dabei wird das „Treiben der Sozialdemokraten“ im hiesigen Blatt durch den Abdruck replizirter Artikel „gelenkend“, wiewohl sich der Re- — dat- — teur dieses Blattes in keiner unserer Versammlungen sehen läßt. Er würde dazu auch schlechterdings den Schlafrock ablegen müssen. — Genug. Trotz alledem verstärkt sich die Partei am Orte fortwährend und beläuft sich unsere Mitgliederzahl auf 60. Es wurden regelmäßige Versammlungen bis dato abgehalten und in einer solchen auch die Einigungsbestrebungen der beiden sozialdemokratischen Fraktionen eingehend gewürdigt, worauf folgende Resolution angenommen wurde:

„Die heute in Andrichs Saal tagende Volksversammlung begrüßt die Einigungsbestrebungen der beiden sozialdemokratischen Fraktionen Deutschlands als den segensreichsten Fort-

schritt in der Arbeiterbewegung und wünscht die baldigste Verwirklichung dieses Projekts.“

**Stuttgart, 22. Februar.** Nachdem in Nr. 20 des „Vollstaats“ ein Aufruf aus der „Concordia“, betreffend die Agitation des Herrn Pfarrer Schuster und Genossen in Süddeutschland, übergegangen ist, erscheint es geboten, die ausgebliebene Correspondenz aus Stuttgart noch nachträglich in so weit zu erledigen, um der gerabezu unerschämten Lüge, als habe jene Agitation hier Boden gewonnen, entgegen zu treten. Herr Pfarrer Schuster hatte es sich allerdings zu der Hauptagitation, der öffentlichen Disputation mit Herrn Anton Hirsch in Stuttgart, die Miethe des großen Lieberhallaesalles sammt Stenographen &c. kosten lassen, das Lokal war auch von weit über 2000 Personen völlig überfüllt, so daß Hunderte zurückmußten, und war so frühzeitig von der pietistis-freundlichen Partei (Jünglingsverein &c.) besetzt worden, daß die sozialdemokratischen Arbeiter nur in geringerer Zahl Zutritt erlangten; aber um so unerwarteter und niederdrückender nur gestaltete sich das Resultat dieser von halb 8 bis 1 Uhr Nachts tagenden Versammlung. Einen Ernst und ein Feuer, wie sie die Herr öffentlich von ihm denunzirte Sozialdemokratie entfaltet, hatte Herr Schuster freilich nicht vermuthet, und sich nur auf den leichten Triumph der Aufreizung des Zwiespalts zwischen „Vollstaat“ und „Neuer Sozialdemokrat“ von 1871 bis 74 mit massenhaften Auszügen vorbereitet. Die Herren Anton Hirsch, Dr. Dull, Dreeßbach, Scheil u. A. griffen aber tiefer, enthüllten seine Unwissenheit in den Theorien wie in den wirklichen sozialen Zuständen und die Verdröpfung der wenigen von ihm aufgestellten Daten, griffen, statt sich zu vertheidigen, die heuchlerische Darstellung seines Schriftchens, die Leichtfertigkeit seiner doppelzüngigen, haltlosen Widersprüche und die, zumal eines Pfarrers unwürdige Moral seiner schwulstigen Belehrungen so durchgreifend und schonungslos an, daß die, wie selbst der „Merkur“ schreibt, „mit immer steigendem Interesse bis zum Schluß“ verlaufende Disputation je länger je mehr, und zumal schließlich, in einen bei jeder Gelegenheit hervorbrechenden Zabel der Versammlung auf Kosten des Pfarrers umschlug! derselben Versammlung, welche anfangs bei der Wahl des Bureaus die Sozialdemokraten völlig ausgeschlossen hatte; daß Herr Schuster, den Angriffen nicht mehr gewachsen, sie schließlich als persönliche (!) nicht mehr beantworten zu wollen erklärte, und sein Helfer, Pfarrer Ropp, mit einer bittern Bertheidigungsrede für Herrn Schuster, für sich selbst und die „Arbeiterfreunde“, die es wirklich gut meinten und bloß verkannt würden, eintreten mußte! Von dieser moralischen Niederlage des Herrn Schuster gaben alle uns mehr oder minder feindseligen Blätter, die andernfalls über uns hergezogen wären, der „Schwab. Merkur“, das „Tageblatt“, der „Beobachter“, der „Bürger- und Bauernfreund“ von Leutkirch u. A. in ihren für Herrn Schuster theils abmahnden, theils spöttischen oder tabelnden Berichten Zeugniß, und keinem, als dem stoßpietistischen Pfarrer Held und Consorten, ist es eingefallen, aus dem Verlaufe der Agitation Kapital für Herrn Schuster zu schlagen; die mildesten selbst widerrathen nur weitere Agitation, die uns allerdings, wie die 4 oder 5 auf jene Versammlung folgenden Nummern unserer „Süddeutschen Volkszeitung“ genügend bezeugen, außerordentlich willkommen wäre (s. den Artikel daselbst „Willkommen Herr Schuster!“), und die uns nach der unerschämten Versicherung der „Concordia“ „wehe gethan“ haben soll! Wohlgethan hat sie uns und hat in einem großen Theile der Bourgeoisie hier wie ein reinigendes Gewitter gewirkt, hat uns auch wie in Pforzheim, neue und begeisterte Anhänger zugeführt.

**Heidelberg, 15. Februar.** hatten wir hier eine ziemlich gut besuchte Volksversammlung, in welcher Baumann und Hirsch zu allgemeiner Zufriedenheit über die Thätigkeit des letzten Reichstags und über das Landsturmgesetz sprachen. Es wurde schließlich folgende Resolution angenommen: „Die heutige im Gasthaus zum Redarthal tagende Volksversammlung erklärt nach den Ausführungen der beiden Redner, daß es die Pflicht eines jeden Mannes ist, für das Gesamtinteresse zu wirken und mit aller Kraft die sozialdemokratische Bewegung zu fördern. Gleichzeitig begrüßt sie mit Freuden die Vereinigungsbestrebungen der beiden Arbeiterfraktionen und wünscht, daß dieselben bald zur That werden.“

Diese Versammlung legte wieder Zeugniß dafür ab, daß es bloß an Aufklärung fehlt, wenn sich so viele Arbeiter Heidelbergs noch von der Sache fern halten. Trotz der kleinen Mitgliedschaft am hiesigen Orte werden wir aber keine Mühe und Kosten sparen, um die hiesigen Arbeiter mehr und mehr heranzuziehen. Der Vorsitzende schloß die Versammlung mit einem dreimaligen Hoch auf die Sozialdemokratie. Eine Tellerfassung ergab die Summe von 5 fl. 17 kr. Josef Bärzel.

**Pösnitz, 22. Februar.** fand im hiesigen Schießhause eine Volksversammlung statt mit der Tagesordnung: „Die Thätigkeit des deutschen Reichstags und die Sozialdemokratie.“ Als Referent war Hr. Albert Thierfelder aus Ermsmitzschau erschienen. In das Bureau wurden Hr. Hochstein als Vorsitzender, und Unterzeichner als Schriftführer gewählt. Leider war die Versammlung sehr schwach besucht, was darin seinen Grund hat, daß diese Versammlung erst nächsten Sonntag stattfinden sollte und der Referent plötzlich erschien, es also an Zeit zum Bekanntmachen mangelte. Redner entwickelte in einständiger kräftiger Rede das oben angegebene Thema und beleuchtete das Contraktbruchgesetz, das Landsturmgesetz, das Civilehegesetz und das Bantgesetz. Sodann entwickelte er in einer weiteren Rede die Bestrebungen der Sozialdemokratie und den Zweck und Nutzen der Gewerkschaften. Segner waren leider nicht vorhanden, welche sich um Worte gemeldet hätten. Zum Schluß forderte er die Anwesenden auf, die Volksversammlungen fleißig zu besuchen, sozialdemokratische Schriften zu lesen und unserer Organisation beizutreten. — Eine freiwillige Sammlung für die Hinterbliebenen Nords ergab 47 kr.

Rich. Lismann, Schriftführer.

**Sagen, 24. Februar.** Sonntag den 21. Februar hielten wir eine Volksversammlung hier ab mit der Tagesordnung: „Der Arbeiterspiegel von Frdr. Hartort.“ Referent war Julius Kahl. Redner griff die wichtigsten Punkte aus dem „Arbeiterspiegel“ heraus und trieb dieselben in sehr treffender Weise, so daß dem alten einseitigen Kohlestatistiker Hartort wohl die Luft vergehen wird, einen zweiten „Arbeiterspiegel“ herauszugeben. Unter dem Klange der Marßeillaise trennte sich die Versammlung, die den Vortrag mit lautem Beifall aufgenommen hatte.

R. Schred, Schriftf.

**Freiburg i. B., Sonntag den 21. d. Mts.** beriefen die beiden hiesigen sozialdemokratischen Fraktionen eine Versammlung ein mit der Tagesordnung: „Die Vereinigungsbestrebungen beider Fraktionen der Sozialdemokratie.“ und wurde zu diesem Punkte folgende Resolution einstimmig angenommen: „Die heute bei Epple tagende Versammlung beider Fraktionen spricht sich dahin aus, daß sie mit den Einigungsbestrebungen vollständig einverstanden ist, denn Einigkeit macht stark.“ — Da Unterzeichner Freiburg verläßt, so wurde Genosse J. F. Haug dem Aussch.

als Vertrauensmann vorgeschlagen. Alle Briefe sind jetzt zu richten an J. F. Ganz, Epyle's Restauration, Böweng.

Mit Gruß Ign. Frankl, Vertrauensm.

NB. Allen Parteigenossen und Freunden bei meiner Abreise ein herzliches Gelingen. Ich bin überzeugt, daß auch fernerhin die Mitglieder der Buchhändler-, Schuhmacher- und Schneidervereine gemeinsam für die gerechte Sache einstehen werden. Auch ersuche ich die Mitglieder des Schreiner-Handwerks, ihr Versprechen betreffs Anschluß an die Holzarbeitergewerkschaft zu halten, damit etwas geschaffen werden kann.

Der Obige.

Mexraue, 8. Februar. Eine Volksversammlung, wie solche allhier seit Jahren nicht stattgefunden, tagte vorgestern Abend im Saale zum Bairischen Hof. Liebknecht ist da! Dieser Ruf führte die Menschen scharenweise herbei, so daß der gemietete Raum nicht ausreichte, alle Anbrängenden aufzunehmen. Nach ziemlich genauer Schätzung fanden (nur wenige konnten sitzen) im Saal und auf den Gallerien Kopf an Kopf 18-1900 Personen, darunter viele Frauen, zusammen, welche sämtlich über drei volle Stunden durch den Vortrag des Referenten (derselbe sprach über die Reichstagsession und das Landsturmgesetz) in der gespanntesten Aufmerksamkeit erhalten wurden. Nachdem E. Lacher die Versammlung eröffnet, H. Eberlein das Präsidium übernommen und der Referent sich zum Sprechen erhoben hatte, da brausten mit einem Male stürmische Hochrufe auf Liebknecht durch die Räume. Derselbe dankte und acceptierte diesen ehrenden Empfang im Namen Bebels, den er hier vertrat; diesen Worten folgten noch stärkere Hochrufe auf den gefangenen Volksvertreter, und erst nach diesen konnte der Referent beginnen. Auf das umfangreiche Referat, bei welchem die Zeitverhältnisse und die gegenwärtige Lage Deutschlands sehr kritisch erschienen, können wir leider nicht tiefer eingehen. An ein Artikelchen des Wochenblattchens, der Reptilienpresse nachgedruckt, das die Reichstagsrede Liebknechts über das Landsturmgesetz persiflirt nannte, anknüpfend, bezeichnete nun derselbe Dem entgegen das systematische Rundtödeln der unliebsamen Redner im Reichstags mit Hilfe der einseitigen Geschäftsordnung, durch die die Minorität stets in die Gewalt der Majorität gegeben ist, durch Schlußanträge, als persifl. Die neuen Schöpfungen des Reichstages, von denen der Dr. Böhl so viel Aufhebens machte, ließ der Referent ganz anders vor die Augen treten. Das neue Preßgesetz ist reactionärer, als das alte Mantensfeld'sche aus den 50er Jahren. Die liberale Partei führe den Namen nicht mit Recht, liberal sind die Sozialdemokraten, nicht aber jene, die es am besten charakterisire, daß oft sogar die Ultramontanen eher für ein wahrhaft freisinniges Gesetz eintreten. Das Civilehegesetz, bei dem sich Böhl so lange aufhielt, gehört in die Kategorie jener Gesetze, von denen Lassalle sagt: Ein solches Gesetz bedarf keiner langen Berathung, das nimmt man einfach an, als etwas, das sich eigentlich in allen Culturstaaten unter gebildeten vorurtheilslosen Menschen von selbst versteht; der Werth dieses Gesetzes werde noch obendrein großentheils aufgehoben durch den vom Kaiser besonders beschlossenen § 79 (der der Kirche alle geübten Rechte garantirt). Daß der Reichstag zuletzt in Sachen der Petition Most's bezüglich der Aenderung des deutschen Gefängniswesens besser gearbeitet habe, solle gegenüber den schweren Verurtheilungen am Volkwohl nicht sonderlich in die Waage. Laster und Windthorst hätten ihn (L.) in dieser Angelegenheit sehr wirksam unterstützt. Das Bankgesetz werde gar kein Heil bringen, denn es ist nicht für den armen Mann, immer nur wieder für die, die schon haben. Bei der Diätenfrage hielt Liebknecht sich nicht lange auf, weil es eine Frage bleibt, so lange Bismarck und der Bundesrath nicht will; länger hingegen bei der beantragten Freilassung Bebels, Mosts und Hafenclevers. Der Reichstag habe es nicht für nöthig erachtet, bei den Kollegen der sozialdemokratischen Fraktion seine Würde zu wahren, wohl aber bei Majuntes Verhaftung, welcher der Centrumsfraktion (Ultramontan) angehört, an deren Köchschüssen man aber inconsequenter Weise kurz zuvor den Wörder Kullmann sich anklammern ließ. Das Landsturmgesetz bezwecke nicht mehr oder weniger, als mit der verlängerten Dienstzeit Vergroßerung des stehenden Heeres. Der Friede sei mehr wie je bedroht. Aus der Saat der Eroberungskriege müssen immer wieder und wieder Kriege entstehen; daß zeige sich evident seit 1864; dazu brauche man den Landsturm. Man will nicht ein Aufgebot des ganzen Volkes, nicht eine Volkserhebung. Ueber den Leib des still daliegenden, alles über sich ergehen lassenden Volkes sollen die Schlächtern geschlagen werden. Hätten wir 1871 schon dieses Gesetz gehabt, so hätten alle Wehrpflichtigen, die zum Landsturm gehören, auch herangezogen werden können, mit nach Frankreich zu marschiren. So belagen es die §§ des Landsturmgesetzes. Das sind gewiß sehr trostlose Ausichten für viele Familien bei dem möglichen baldigen Ausbruch eines neuen Krieges; denn wir stehen in der Politik auf einem Vulkan. Die Situation ist so, daß alle Augenblicke der Krieg ausbrechen kann, daß er über kurz oder lang ausbrechen muß. Referent ist, wie bereits bekannt, für ein Volksheer, d. h. für allgemeine Volksbewaffnung, die sich stets zur Vertheidigung der Grenzen und des heimatlichen Heerdes am besten bewährt, und führt zum Beweis die Schweiz an. Dort gebe man 11 Millionen Franken für die Schulen und 10 Millionen für das Militär aus, während man in dem Polzei- und Militärstaate Preußen 60 Millionen Thaler für Militärzwecke und nur 2 Mil. für Schulzwecke opfere; und doch habe die Schweiz bei allgemeiner Volksbewaffnung verhältnißmäßig 3 Mal so viel Vaterlandsvertheidiger, als Preußen und preußisch Deutschland, so daß wir bei gleicher Militärorganisation eines Volksheeres mit halb so viel Ausgaben ein 3 Mal so starkes Aufgebot zu unserer Vertheidigung an die Grenzen schicken könnten. Zahlen reden. Das wäre dann das Volk in Waffen, frei nach Außen und Innen. Aber das will man nicht, ein bewaffnetes Volk verträgt keine Knechtung u. s. w. Elsaß-Lothringen sei für das jetzige Deutschland geworden, was Venedig und die Lombardie für Oesterreich gewesen, die sozialdemokratischen Abgeordneten, welche die Folgen der Annexion vorausgesetzt, hätten mehr politischen Scharfsinn entwickelt als der „geniale“ Reichskanzler.

Redner kommt dann auf die innere Lage Deutschlands: den kolossalen Schwund und das Gräueltum, die Corruption der Presse (Reptilienfonds), die zunehmende Verrohung der sogenannten gebildeten Klassen, politische Spionage, Briefstiberei, Verfolgung jedes freien Gedankens, jedes freien Strebens: Deutschland eine große Bastille — überall Reaktion und Corruption.

Wir sind Reichsfeinde, sagte er weiter, nicht nur wegen der politischen Gefaltung dieses Reiches, die eine durchaus volkswidrige Ausdehnung; das „Reich“ ist nur ein Rumpfstück Deutschland, wovon sich Jeder überzeugen kann, der eine Landkarte der Bismarck'schen „Schöpfung“ neben eine Landkarte des alten deutschen Bundes hält. Diesen abgerissenen Rumpf für Ganzdeutschland ausgeben, ist eine elende politische Heuchelei, eine freche Verhöhnung der Wahrheit, und die „Nationalliberalen“, die es mit solchem Eifer thun, stempeln dadurch ihre „national“ zu einer ebenso

unverschämten Lüge wie ihr „liberal“. Kurz wir sind „Reichsfeinde“, weil dieses Reich nicht das ganze Deutschland mit Berlin im Norden und Wien im Süden ist, weil es nur ein Stück von Deutschland ist. Wir sind Feinde des Reichs, Reichsfeinde, so lange wie uns die Freiheit, die Rechte und die menschenwürdige Existenz mangelt; so lange die Vortheile des Staates nur für die besitzenden Klassen sind. Wir wollen keinen Klassenstaat. Im umgekehrten Falle, im freien Volksstaate, legen auch wir Gut und Blut für das Vaterland ein. Von Bismarck erzählte Liebknecht, daß derselbe in den paar Jahren, daß er (L.) ihn nicht gesehen, sehr gealtert habe und hinsichtlich erscheine; die Nervenkrantheit des Reichskanzlers sei ganz wesentlich eine politische Krankheit. Bismarck habe sich mit seiner Politik und dem vergrößerten Preußen in eine Sackgasse verrannt. Sagen die Geschäfte besser bei Bismarck, so glaubt Referent, würde der Reichskanzler weniger rasch altern. Raufschender Beifall begleitete den Schluß des Referats. Die zahlreich anwesenden Gegner, die liberalen Reichstreuen, benutzten trotz mehrmaliger Aufforderung nicht die Gelegenheit, gegenseitige Meinungen zu äußern.

Köhler, Siegel und Stolle aus Grimnitzschau sprachen zur Tagesordnung. Letzterer kritisirte den § in der Reichsgesetzgebung, der dem Kaiser als einzigem Manne das Recht in die Hand gibt, allein über Krieg und Frieden zu beschließen, der durch die Annahme des Landsturmgesetzes noch verhängnißvoller geworden sei. Eberlein empfiehlt die Demuthung und Unterstüzung der sozialdemokratischen Parteipresse und redet dabei den Arbeitern scharf ins Gewissen. Siegel constatirt, contra Böhl, da er gegen diesen nicht zu Worte gekommen ist am letzten Mittwoch, das Wasserelend unter der hiesigen Bevölkerung. Schließlich bemerkt Liebknecht, nicht gern in Böhl's Abwesenheit gegen diesen etwas zu äußern; aber was er heute über Böhl hier gehört habe, so wie auch das, was er von Böhl im Reichstag gehört, zeige ihm, daß das Urtheil der Reichstagsmajorität, der eigenen Parteigenossen Böhl's, richtig sei und dieser Herr mehr unter die komischen Personen zu zählen sei; er schloß dann mit herzlichen und aufmunternden Worten an Bebels Wähler, die auch die bei der jüngsten Stadtorordnetenwahl erlittene Schlappe bald wieder auswaschen werden.

Hierauf legte Eberlein nachstehende Resolution vor, die, da die anwesenden Reichstreuen auch jetzt noch nicht Gebrauch von dem Recht machten, ihre gegnerische Meinung erkennen zu lassen, einstimmige Annahme fand:

„Die heutige zahlreich besuchte Volksversammlung erklärlich mit dem Verhalten und den Abstimmungen der sozialdemokratischen Abgeordneten im Reichstags vollkändig einverstand und spricht hiermit zugleich ihr volles Einverständnis mit dem gegebenen Referat aus.“

Bürgsburg, 31. Januar. Mit der Organisation der hiesigen industriellen Arbeiter geht es rüstig vorwärts. Vier Gewerkschaftsmitgliedschaften bestehen bereits, als: Holzarbeiter-, Schuhmacher-, Schneider- und Metallarbeitergewerkschaft. Zur Gründung einer Bauhandwerker-Gewerkschaft wurden ebenfalls Schritte gethan, und hoffentlich wird auch für diese Branche etwas geschaffen, was wirklich sehr noth thut. Denn Maurer, Läger und dergleichen arbeiten hier pro Tag um den Hungerlohn (bei gutem Geschäftsgang) von 1 fl. 6 bis 1 fl. 30 kr. Hierzu kommt noch, daß im Winter viele Arbeitgeber einige Monate nicht arbeiten lassen. Das ist dann die Zeit des Hungerleidens, denn vom Sparen im Sommer kann doch gewiß hier nicht die Rede sein. Deswegen ersuchen wir jeden Arbeiter, dem diese Zeilen hierorts zur Hand kommen, die Bauhandwerker auf die Gewerkschaft der Maurer und Zimmerer aufmerksam zu machen.

Die Organisation der hiesigen Arbeiter scheint den Arbeitgebern nicht recht zu passen, natürlich! Man sucht die Gewerkschaft auf alle Weise zu verächtigen und für alle mißliebigen Vorgänge verantwortlich zu machen. Einzelne dieser Herren geben sich alle Mühe, die bei ihnen beschäftigten Arbeiter vom Beitritt zur Gewerkschaft abzuhalten. Im Schimpfen, wie: Lumpen, Sozialdemokraten u. s. w. leisten dieselben Außerordentliches. Ein Kleinmeister, Schnabel mit Namen, wegt seinen Schnabel besonders. Bei Alfordung einer Arbeit schrie derselbe: Das ist eine sozialdemokratische Forderung! Fordern könnt Ihr! Laßt Euch nur ausschlagen da drunten u. dergl. Von der Humanität dieses wunderlichen Schnabels aber nur ein Beispiel: An den Weihnachtstagen gab er seinen Arbeitern je 3 und 5 fl. Ist das nicht eine Herausforderung für den Arbeiter, wenn er hiervon eine Woche leben soll!

Derselbe Schnabel beschwerte sich im vorigen Herbst, daß er trotz Anmeldung auf unserm Arbeiternachweisungsbureau keinen Arbeiter erhalten. Wen wundert dies noch? Die einheimischen Arbeiter wissen ja, daß sie bei Schnabel neben dem wohlverdienten Lohn auch noch ein Quantum Grobheiten als Trinkgeld bekommen, und solches Trinkgeld ruft kein Willkommen hervor. Ich möchte Herrn Schnabel, sowie seinen Gesinnungsfreunden, welche über die Gewerkschaften schimpfen, ohne dieselben zu kennen, rathen, etwas humaner zu werden und nicht jedes Gewerkschaftsmitglied als Revolutionär und sozialdemokratischen Lumpen zu bezeichnen. Denn die beste Rekommandation und der beste Arbeitennachweis für einen Arbeitgeber ist es, als humaner Arbeitgeber bekannt zu sein.

Ein anderer Uebelstand, welcher hier nicht unerwähnt gelassen werden darf, ist die Nacht- und Sonntagsarbeit. In jetziger arbeitloser Zeit noch des Nachts oder Sonntags arbeiten, ist gewiß das größte Unrecht, welches ein Arbeiter an dem andern begehen kann. Statt die Arbeitszeit zu verkürzen, damit nicht so viele brotlos würden, gibt es noch solche Arbeiter, die Tag und Nacht, den Sonntag nicht ausgenommen, sich fortzwingen. Das sind in unsern eigenen Reihen unsere Freunde. Statt die Versammlungen der Arbeiter zu besuchen und sich aufzuklären, schimpfen sie darüber. Statt friedlich mit dem Nebenarbeiter zu verkehren, machen sie den Schmaroger und Ohrenbläser. Und alles dieses aus Eigennutz und Dummheit. Rechne es ihnen nicht zur Sünde, sie wissen nicht, was sie thun!

#### Notiz für unsere sächsischen Parteigenossen.

Da es bei der Agitation äußerst hinderlich ist, wenn dieselbe nicht genau nach dem Plane der Central-Comités durchgeführt werden kann, und die meiste Störung deswegen vorkommt, weil viele Einberufer glauben, die Anmeldungen geschehen noch nach dem alten Modus, und dieserhalb bis zum letzten Termin (24 Stunden) mit der Anmeldung zögern, und aus diesem Grunde manche Versammlung ausfällt, so sieht Einsender sich veranlaßt, hier einige Winke über die Anmeldung von Volksversammlungen zu geben.

Jede Volksversammlung in Städten, in denen die Städteordnung für mittlere und kleine Städte gilt, ist direkt bei der Amtshauptmannschaft, in die das betreffende Gerichtamt gehört, anzu-

melden. Das Gleiche gilt, laut der revidirten Landgemeindeordnung, bei Volksversammlungen, die in Dörfern stattfinden.

Der Einberufer hat die an die Amtshauptmannschaft gerichtete Anzeige dem Bürgermeister oder Gemeindevorstand des Orts vorzulegen, damit jene befristigen, daß Einberufer dispositionsfähig ist. Denn es kam in letzter Zeit einige Male vor, daß der Einberufer von der Amtshauptmannschaft mit dem Bemerkten zurückgewiesen wurde, man könne nicht wissen, ob er dispositionsfähig sei. Es mußten aus den angegebenen Gründen die Einberufer die Wege noch einmal machen, um die Versammlung, wo es noch möglich war, zu Stande zu bringen.

Um Kosten zu ersparen, empfiehlt es sich, einige Tage vorher die Versammlung bei der Ortspolizei-Behörde anzumelden, und die Anzeige, nachdem sie bestätigt, durch die Post an die Amtshauptmannschaft zu senden.

Hier ein Formular:

An die Königliche Amtshauptmannschaft zu

Unterzeichneter meldet für . . . . . den . . . . . Abends (Nachmittags, Vormittags) . . . Uhr im Lokale des Herrn . . . . . zu . . . . . eine Volksversammlung an.

Tagesordnung: — — — —

N. N.  
Einberufer.  
Einberufer ist dispositionsfähig.  
. . . . . den . . . 1875.

N. N.  
(Bürgermeister.)  
(Gemeindevorstand.)

Der Ortsstempel ist beizufügen.

Da es schon vorkam, daß vom Gemeindevorstand und auch vom Expedienten der Amtshauptmannschaft 25 Pf. Gebühren erhoben wurden, so sei bemerkt, daß die Bescheinigung unentgeltlich anzustellen ist.

Wo es immer angeht, sende man die Anzeige per Post; es erwaschen hieraus nur für Anzeige und Bescheinigung 20 Pf. Kosten, denn extra Boten in die Amtshauptmannschaft zu senden und oft 1 Mark 50 Pf. Entschädigung für Zeitverräumnis zu zahlen, ist unnütz, wenn bei Zeiten für die Anmeldung Sorge getragen wird.

Rückberg.

Ph. W.

NB. Die Parteiblätter, die in Sachsen erscheinen, werden gebeten, von obenstehender Noth Gebrauch zu machen.

#### Briefkasten

der Redaktion: E. Ch.: Das Bentheim'sche haben wir nicht. — W. in Hamburg: Wird benutzt, aber erst in nächster Nummer. A. W. in Stade: Nächste Nummer. W. in B.: Ausfühlicher Bericht sehr erwünscht. W. 2.

#### Dattung

der Expedition: A. Kirschner. Dorfm. Ab. 1.00. Ret.-A.-Gew. hier Ann. 2.30. Wahlverein Hannover Ann. 1.00. E. Berlin Schr. 1.50. Rchr hier Ab. 0.60. Café Delam. Schr. 0.50. Einschn. Altona Ann. 2.30. Feat. Kölschenbroda 9.00. Engdrf. Barmer Schr. 5.70. Febr. Döllig Ab. 0.55. Schr. hier Ab. 1.00. Strig. Gotha Schr. 0.80. E. Brndt. Hirschberg Schr. 6.30. Ph. Hamb. Schr. 32.8. Egl. Aus Schr. 2.30. Schmysle. Stempel. Schr. 3.00. Pf. Colby 0.45. J. Pnd. Berlin Ann. 0.90. Schmalz. Berl. a. d. B. Schr. 0.70. Saffar. Schönefeld Ab. 0.60. Himm. Stuttg. Schr. 12.11. Schr. Dresd. 2.00. Rhr. Demmin Schr. 4.30. Thridr. Thalheim Schr. 5.00.

#### Fond für Gemahregelte.

A. Ch. Oberwüschitz 2.00. Zaur Leipzig 0.50. Arb.-Ber. Markranz. 1.40. Arb.-Bild.-Ber. Leipzig gef. b. Stiftungsfest 46.27. Rhr. Demmin 1.70.

#### Für die Hinterbliebenen Nord's.

Von Aug. Sch. Oberwüschitz 1.00.

#### Anzeigen etc.

#### Berlin

Wahlverein der sozialdemokratischen Arbeiterpartei.

Borläufige Anzeige.

Sonntag, den 7. März: Große öffentliche Versammlung im Handwerkerverein. Referent Kuer aus Hamburg.

Mheres in nächster Nr. und durch die Plakate. D. B. [50]

#### Connewitz

Arbeiterverein.

Mittwoch, den 3. März, Abends halb 9 Uhr: Zusammenkunft in Gerhard's Restaurant. D. B. [30]

#### Hamburg

Gewerkschaft der Holzarbeiter.

Mittwoch, den 3. März, Abends halb 9 Uhr: Versammlung bei Gerhard im Schoppensteil 22. — Tagesordnung: Vortrag von Praas.

#### Leipzig

Wählerversammlung in der „Tonhalle“.

Mittwoch, den 3. März, Abends 8 Uhr: Tagesordnung: Bericht der Abgeordneten W. Hafenclever, W. Liebknecht und J. Wotteler über die Tätigkeit des Reichstags.

Alle Reichstagswähler sind eingeladen. Das Einberufungs-Comite. [80]

Die Versammlung des sozialdemokratischen Arbeitervereins fällt diese Woche aus.

#### Stade

Allgemeiner deutscher Schneiderverein.

Sonntag, den 7. März, in Wilhelm's Tivoli: Stiftungsball.

Entree 1 Mark. Anfang Abends 7 Uhr. Zu zahlreicher Theilnehmung ladet ein Das Comite. [125]

Zur Beachtung!  
Um mit dem Reste der Auflage zu räumen, haben wir vom

#### Großen Krach,

Ein Märchen für große und kleine Kinder (mit 2 lithographirten Bildern)

den Verkaufspreis auf 50 R.-Pfg. für die gebundene Ausgabe, und auf 40 R.-Pfg. für die broschirte Ausgabe herabgesetzt. Wir erlauben uns, alle Freunde einer sowohl sozialistisch- belehrenden als auch gemüthlich-anregenden Lektüre hierauf aufmerksam zu machen.

Zürich, 21. Februar 1875.

Volksbuchhandlung (J. Franz).

[8c] Auch durch die Expedition des „Volksstaat“ zu beziehen. [3.75]

#### Photographien von Theodor Jork

in Bistentactenformat

à 25 Pfennige das Stück, zwei Duzend zu 5 Mark gegen baar sind zu beziehen von der

Buchhandlung des „Volksstaat“.

Verantwortlicher Redakteur: R. Seiffert.  
Redaktion Hofstr. 4, Expedition Zeigerstr. 44, in Leipzig.  
Druck und Verlag der Genossenschaftsbuchdruckerei in Leipzig.